

Eine Stimme für soziale Gerechtigkeit

Schwerpunkte der sozialpolitischen Interessenvertretung 2018

Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Situation, die durch eine zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft gekennzeichnet ist, hat die Volkssolidarität die Schwerpunktthemen der sozialpolitischen Interessenvertretung in 2018 festgelegt: Gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West, Wohnen und Teilhabe im Alter, Pflegeprävention und Stärkung des Pflegeberufs sowie Frühkindliche Bildung und Kinderrechte.

Gleichwertige Lebensbedingungen in Ost und West

Auch 28 Jahre nach der Wende ist die Deutsche Einheit immer noch keine soziale Einheit. Die Volkssolidarität fordert, die immer noch bestehenden Ungleichheiten zwischen Ost und West schneller abzubauen. Eine gezielte Strukturpolitik ist nötig, um den ostdeutschen Regionen Entwicklungschancen zu geben. Die Problematik der höheren Arbeitslosenquote bei niedrigeren Löhnen im Osten der Bundesrepublik darf nicht länger ignoriert werden. Ebenfalls sind Maßnahmen zu treffen, die dem Trend der Abwanderung von ländlichen in urbane Regionen entgegenwirken.

Wohnen und Teilhabe im Alter

Wichtigste Grundlage für die gesellschaftliche Teilhabe im Alter ist eine sozial gerechte und angemessene Rente. Der im Arbeitsleben erworbene Lebensstandard muss für alle Bevölkerungsschichten auch im Alter abgesichert sein. Die Volkssolidarität fordert, die gesetzliche Rente als zentrale Säule der Alterssicherung zu stärken. Abschläge für Erwerbsminderungsrenten müssen gestrichen, für Erziehungs- und Pflegezeiten müssen zusätzliche Rentenansprüche gewährt werden. Darüber hinaus ist das bestehende diskriminierende Zwei-Klassen-System in der Krankenversicherung nicht hinnehmbar. Die Inanspruchnahme von medizinischen Versorgungsleistungen ist mittlerweile für viele ältere Privatversicherte aufgrund der steigenden Beiträge und Eigenaufwendungen bei gleichbleibenden Einkommen in den höheren Lebensjahren zunehmend nicht mehr sichergestellt. Die Volkssolidarität fordert die Einführung einer Bürgerversicherung, die die solidarische gesetzliche Krankenversicherung auf alle Bürger ausweitet.

Steigende Mieten werden von vielen Rentner/-innen als existenzielle Bedrohung wahrgenommen, da sie in der Regel keine Möglichkeit haben, ihr Einkommen aufzubessern. Es herrscht ein zunehmender Mangel an altersgerechtem, barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum. Hier fordert die Volkssolidarität Bund und Länder auf, diesem durch gezielte

Sanierungs- und Neubaumaßnahmen entgegenwirken und eine ressortübergreifende Strategie, die nicht nur den Wohnraum selber, sondern auch das Wohnumfeld mitdenkt, zu entwickeln.

Auch muss die Rolle von älteren Bürger/-innen im gesellschaftlichen Leben stärker berücksichtigt werden. Durch die mangelnde Förderung älterer Menschen bleibt ihr Potenzial und ihre Bereitschaft, sich sozial zu engagieren, ungenutzt. Stattdessen wird ihnen häufig sogar die gesellschaftliche Teilhabe verwehrt. Speziell im ländlichen Raum ist die Infrastruktur zu stärken, um der voranschreitenden sozialen und kulturellen Isolation von Senior/-innen entgegenzuwirken.

Pflegeprävention und Stärkung des Pflegeberufs

Ebenso gilt es, die Teilhabe pflegebedürftiger Menschen zu fördern. Mit großer Sorge betrachtet die Volkssolidarität den Fachkräftemangel im Bereich Pflege, der unter anderem auch auf hohen Stress bei geringer Bezahlung zurückzuführen ist. Die Bedeutung des Pflegeberufes ist gerade bei einer alternden Bevölkerung immens. Als bedeutender Sozialdienstleister wird sich die Volkssolidarität für die öffentliche Wahrnehmung der Folgen des Fachkräftemangels und für die Stärkung des Pflegeberufs einsetzen. Im Rahmen der Mitarbeit im Bündnis für gute Pflege sollten Fragen der Pflegeprävention sowie der Aufbau von Pflegeverhinderungsstrukturen behandelt werden.

Recht auf frühkindliche Bildung und Kinderrechte

Die Volkssolidarität fordert, frühkindlicher Bildung und Kinderrechten einen gesetzlichen Rahmen zu geben. Hierzu gehört unter anderem der weitere Ausbau einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung. Mit dem Betrieb von fast 400 Kindertageseinrichtungen leistet der Verband hier bereits einen großen praktischen Beitrag. Des Weiteren sind für Kinder und Jugendliche bedarfsgerechte Regelsätze vonnöten, die neben der materiellen Absicherung auch soziale und kulturelle Beteiligung ermöglichen. Daher setzt sich die Volkssolidarität für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein. Jedes Kind sollte gleichen Zugang zu Freizeit-, Bildungs- und Kulturangeboten haben. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, ist die Volkssolidarität am 12.01.2018 dem [Bündnis Kindergrundsicherung](#) beigetreten.

Die [Positionen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2017](#) behalten weiterhin Gültigkeit.

Die Volkssolidarität ist in folgenden Bündnissen und Initiativen aktiv:

[Bündnis für gute Pflege](#)

[Bündnis Reichtum umverteilen](#)

[Bündnis Kindergrundsicherung](#)

[Aktionsbündnis Kinderrechte](#)

[„Mensch du hast Recht“-Kampagne des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes](#)

Kontakt:

Volkssolidarität Bundesverband e.V.

Alte Schönhauser Straße 16

10119 Berlin

Tel: 030 / 27 89 710

bundesverband@volkssolidaritaet.de